

Gewerbeentwicklung und Wohnbauflächen

Bauausschuss der Samtgemeinde gibt grünes Licht für diverse Flächennutzungsplan-Änderungen

bim. Holvede. Mit mehreren Flächennutzungsplan-Änderungen befasste sich der Umwelt-, Bau- und Ordnungsausschuss der Samtgemeinde Hollenstedt in seiner jüngsten Sitzung im Gasthaus Heins in Holvede.

• Mehrheitlich befürwortet wurden die beiden Flächennutzungsplan-Änderungen für Halvesbostel. In beiden Fällen habe die Gemeinde parallel die Bebauungspläne aufgestellt und die Öffentlichkeitsbeteiligungen durchgeführt. Es habe keine nennenswerten Stellungnahmen gegeben, berichtete Stadtplaner Karsten Schwormstedt.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans „Breite Straße Zimmerei Johannsen“ will die Gemeinde dem ortsansässigen Zimmereibetrieb in der Breiten Straße in Halvesbostel eine bauliche Erweiterung ermöglichen. Kritisch sah Ruth Alpers (Grüne) die Flächenausweisung. „Ich finde die Planung überzeugend. Es werden Gewerbeflächen in einem Außendorf geschaffen“, meinte sie. Bei ihrer Gegenstimme und einer Enthaltung empfahl der Ausschuss, den Flächennutzungsplan-Entwurf zu beschließen.

Mit der zweiten Flächennutzungsplan-Änderung soll ein „Sondergebiet Bioenergie“ ausgewiesen werden, damit die Biogasanlage in der Wiesenstraße am Rande der westlichen Ortslage erweitert und die Produktionskapazität an Biogas erhöht werden kann. Bedenken



Stadtplaner Karsten Schwormstedt erläuterte die Flächennutzungsplan-Änderungen Foto: bim

gab es seitens des BUND bezüglich Mais-Monokulturen und einem höheren Verkehrsaufkommen. Dem entgegnete der Ausschussvorsitzende, Halvesbostels Bürgermeister Jürgen Ravens (CDU), dass die Flüssigkeit, die vorher abgefahren werden musste, nun dort verrieselt werde und damit auch Fahrten wegfallen. Bei zwei Gegenstimmen empfahl der Ausschuss auch hier, der Flächennutzungsplan-Änderung zuzustimmen.

• Bei der Flächennutzungsplan-Änderung für die Gemeinde Appel geht es um einen Umzug und eine Erweiterung der Firma Norbert Farwick GmbH, Garten- und Landschaftsbau. Das Unternehmen ist seit 30 Jahren in Appel-Oldendorf

ansässig und muss sich aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung räumlich vergrößern, was auf dem derzeitigen Betriebsgelände nicht möglich ist. Der Betrieb innerhalb der Ortslage auf einer ehemaligen landwirtschaftlichen Hofstelle sei beengt und konfliktträchtig. Aufgrund der Einschränkungen am heutigen Standort suche die Firma nach einem neuen Betriebsstandort, auf dem eine betriebliche Weiterentwicklung möglich und eine Planungssicherheit gegeben ist.

Das Unternehmen könnte auf eine 1,6 Hektar große Fläche südlich der Feuerwehr und des Kindergartens in Appel-Grauen umziehen, die der Gemeinde gehört. Der Gemeinderat habe kürzlich bereits einstimmig den Aufstellungsbeschluss für den entsprechenden Bebauungsplan gefasst, berichtete Karsten Schwormstedt.

Für Feuerwehr und Kita gebe es dennoch Entwicklungsmöglichkeiten, bei der Kita allerdings zu Lasten der Freifläche, sagte der Stadtplaner zu Ruth Alpers Bedenken. Wie das jetzige Betriebsgelände weiter genutzt wird, stehe noch nicht fest.

Auch Bernd Perłowski (WGH) hatte „Bauchschmerzen mit dem neuen Standort“ und damit, dass „ein Betrieb, der einen nicht unerheblichen Fuhrpark hat“ näher an den Kindergarten ziehe. „Das kann ich nicht nachvollziehen“, sagte er. Gewerbe gehöre in Autobahnnähe.

Bei drei Gegenstimmen und einer

Enthaltung wurde die F-Plan-Änderung dennoch empfohlen.

• Bei den F-Plan-Änderungen für die Gemeinde Hollenstedt geht es um die Ausweisung von weiteren Gewerbeflächen, im Zuge derer eine Entlastungsstraße geplant werden soll, sowie die Ausweisung von Wohnbauflächen und einer Fläche für den Bau eines neuen Samtgemeinde-Rathauses an der Moissburger Straße.

Die neue Gewerbefläche soll westlich an das bestehende Gewerbegebiet anschließen. Die vorhandene Gewerbestraße könnte verlängert und eine Umgehungsstraße geplant werden. Diese könnte die Ortsmitte Hollenstedts vom Verkehr entlasten, die Kreisstraßen K16 und K62 verbinden und zugleich die neuen Gewerbegebiete schnell und bequem an die Autobahnanschlussstelle anbinden, ohne die Wohnbevölkerung zu beeinträchtigen.

Auch hier war Grünen-Ratsfrau Ruth Alpers die Erweiterung „eine Nummer zu groß für Hollenstedt“. „Was nutzt eine Umgehung, wenn man den Verkehr durch Discoun-ter wieder in den Ort hinein lockt?“, fragte sie. Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde auch diese F-Plan-Änderung befürwortet.

Einstimmig fiel hingegen das Votum für die F-Plan-Änderung aus, auf den Flächen der ehemaligen Gärtnerei an der Moissburger Straße Wohnbebauung und den Bau des Samtgemeinde-Rathauses in 500 Metern Entfernung zum Ortskern zu realisieren.